



Nr. 82.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Kleinspaltige Zeile 20 Pfg.,
Wochentag 20 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 4.

Dienstag den 8. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn RM. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Ort mit Nachbarschaftsverkehr RM. 2.75, im Fernbezugs RM. 2.55, Bestellschein 50 Pfg.

Zur Streiklage in Stuttgart.

Die Vorgänge in Bayern.

* Die Arbeiter bei Daimler in Untertürkheim und Sindelfingen, bei Bosch und Eisenmann in Stuttgart haben gestern die Arbeit noch nicht aufgenommen; es arbeiten dort nur die Büroangestellten. Die Staatsregierung giebt amtlich bekannt, daß sie leider noch nicht in der Lage sei, den Belagerungszustand aufzuheben, da die Spartakisten durch ihre Gewaltpolitik die Arbeiterschaft in den großen Betrieben und auch im städtischen Gaswerk an der Wiederaufnahme der Arbeit verhindert haben. Die Regierung hat nochmals ein Verbot gegen das Tragen von Waffen erlassen, die Polizeistunde wird auf 9 Uhr abends festgesetzt, von 10 abends ab ist der Straßenverkehr verboten. Wie nötig das Verbot des Waffentragens ist, ersieht man aus den verschiedenen Vorgängen anlässlich der Umzüge. Ein Schuß aus der Menge vor der Mostkokoferne hatte eine allgemeine Schießerei zur Folge. Sowie die Streikenden Schutzwehren besitzen, sind blutige Zusammenstöße unvermeidbar. In Eßlingen nahm die streikende Menge bei Ankunft einer Abteilung Isnyer Jäger, die zur Abwehr der Spartakisten eingetroffen war, eine drohende Haltung ein. Als sich einige freche Burschen auf die Munition stürzten und sich Handgranaten aneigneten, gaben die Truppen eine Salve in die Luft ab. Zu gleicher Zeit wurde aber schon eine Handgranate gegen die Soldaten geworfen, wobei sechs von ihnen verwundet wurden. Natürlich schossen nun die Soldaten in die Menge, und verwundeten mehrere Personen, von denen zwei inzwischen gestorben sind. In Stuttgart-Ostheim wurde am 2. April vormittags eine 9 Mann starke Patrouille der Sicherheits-Kompagnie von der Menge umringt und zur Abgabe der Waffen aufgefordert. Die Soldaten erlangten aber wieder Bewegungsfreiheit, als eine von anderer Seite anmarschierende Patrouille ankam. Die Patrouille wurde aber auf ihrem weiteren Weg nochmals tätlich angegriffen. Zwei Kameraden wurden durch Schüsse verletzt, sodas die anderen schließlich sich genötigt sahen, mit den Verwundeten sich in ein Haus zu flüchten. Eine größere Anzahl Aufständischer folgte ihnen in das Haus und verlangte von den Einwohnern die Auslieferung unter Drohung. Durch die Bemühungen des Wohnungsinhabers wurden die Eindringlinge die sich anschickten, die Soldaten niederzuschlagen, von Gewalttaten in der Wohnung zurückgehalten. Während 2 Soldaten bei einem verwundeten Kameraden belassen wurden, wurden die 4 übrigen auf die Straße gezerrt und dort von der johlenden Menge mit Stockschlägen und Kolbenschlägen empfangen. Einer von ihnen, der Soldat Christian Kirchherr, ein 19 jähriger Bäcker von Rehmühle, D.-A. Calw, wurde, nachdem er sich seinen Beinern einermachen entledigt hatte, durch den Kopf geschossen, und dann mit Prügeln und Stöcken solange geschlagen, bis er kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Der tote wurde dann auf den Lufsenplatz geschleppt und auf eine Bank gelegt, wo er mit zusammengebundenen Händen aufgefunden wurde. Als Haupttäter sind 14 Personen festgenommen worden, die nach den Befehlen des Belagerungszustandes sofort standrechtlich erschossen — werden sollten. Diese vielsähe, jedes menschlichen Gefühls bare Handlungsweise kann nicht anders gesühnt werden, wenn die Regierung überhaupt Ordnung schaffen will. Es ist klar, wenn solche verbrecherische Elemente wissen, daß sie schließlich auch öffentlich werden dürfen, ohne zur schärfsten Verantwortung gezogen zu werden, so werden die Gewalttaten gegenüber den Organen der öffentlichen Sicherheit nicht aufhören. Die Soldaten der Sicherheitskompagnien aber werden zu möglicher Zurückhaltung angewiesen, trotz des Belagerungszustandes, der ihnen das Recht geben sollte, jeder Annäherung von Menschen, vor allem aber jeder Bedrohung sofort mit Wassergewalt entgegenzutreten. Die Menge kennt diese schwierige Lage der Soldaten, und nützt sie aus. Wüßten die Rädelstührer und Aufständischer, daß die Sicherheitskompagnien die Umweissung haben, mit rückwärts- loser Schärfe sofort vorzugehen, so käme es weder zu Volksansammlungen noch zu Angriffen auf die Sicherheitsorgane. So aber werden wir keine Ruhe bekommen, die wir zu praktischer Arbeit nötig haben. Es handelt sich doch bei diesen Ausschreitungen nicht um Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, für deren Zukunft durch d. vorliegenden Gesegentwürfe auf denk-

bar günstigste Weise geforgt werden soll, es handelt sich hier doch nur um eine plannmäßige Vergewaltigung aller derer, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und ihres Berufs nicht mit den Ideen der Kommunisten und Spartakisten und ihres Anhangs von dunkelsten Elementen einverstanden sind. Die Gesinnung der Mehrheit des Volkes aber mit dem Revolver in der Hand von heute auf morgen ändern zu wollen, das ist das wahnsinnige Unterfangen der Spartakisten, von denen 99 Prozent, wenn sie heute zu Vermögen kämen, morgen dem Kommunismus Lebewohl sagen würden. Die Regierung, in der eine ganze Reihe von Arbeiterführern sitzt, trifft doch wahrlich alle Vorkehrungen, um den Arbeitern die Früchte ihrer Arbeit zu sichern. Der vernünftige Arbeiter hat daher wirklich keinen Grund, sich für solche fanatische Experimente am Volkskörper herzugeben, denn der soziale Gedanke, der durch die Revolution zur vollsten Entwicklung gekommen ist, wird nicht mehr unterdrückt werden können, es sei denn als Folge der Uebergriffe des Spartakismus.

In München hat die Ausrafung der Räterepublik schon großartige volkswirtschaftliche Pläne auf den Plan gebracht. Es soll ein Gesetz über die Enteignung von Vermögen und Vermögenswerten bereits fertig vorliegen. Danach wird jeder Vermögenswert über 10 000 Mark festgesetzt. Aus dem Vermögen wird eine Abgabe erhoben. Der Rest wird dem Inhaber vom Staat mit 3 bis 4 Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staat. Natürlich hat man alle Zeitungen besetzt und „vergesellschaftet“, und so bringen jetzt die „Münchner Neuesten Nachrichten“ einen Aufruf an das bayerische Volk, daß das werktätige Volk jetzt Herr seines Geschicks sei. Die Diktatur des Proletariats bezwecke die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen solle. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen kapitalistischen Zeitalters, sei aufgelöst, das von ihm eingesezte Ministerium sei zurückgetreten. Es werde eine Rote Armee gebildet, und die Verbindung mit Rußland und Ungarn aufgenommen. Dagegen werde jedes Verhandeln mit der verächtlichen Regierung Ebert-Scheidemann-Noske-Erzberger abgelehrt, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistische, militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetze. Daß die bisherige Regierung jedoch nicht abgedankt hat, zeigt ein Erlaß des Ministerpräsidenten Hoffmann, daß die Regierung ihren Sitz von München verlegt habe, sie bleibe aber die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern. Sie will sich also anscheinend auf das Land stützen. Aber in den großen Städten, in Augsburg, Würzburg und Regensburg wurde die Räterepublik ebenfalls ausgerufen. Nur Nürnberg scheint noch ruhig zu sein. Dort tagen zur Zeit die Mehrheitssozialisten, die sich gegen die Diktatur einer Klasse ausgesprochen haben. Die Regierung will den Landtag nach Bamberg einberufen, sie will die regierungstreuen Truppen auffordern, sich zum Schutz der Demokratie zur Verfügung zu stellen. Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, ist heute noch nicht vorzusagen. O. S.

Verhängung des Belagerungszustandes in München im Interesse der Sicherheit des Proletariats.

München, 7. April. Das Generalkommando des Bayer. A.-R. gibt bekannt: Unter dem Heutigen wurde die Räterepublik in Bayern ausgerufen. Belagerungszustand: Für den Bereich des 1. Bayer. A.-R. wird bis auf weiteres der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Zusammenrottungen und Demonstrationen sind strengstens verboten. Wer tätlich gegen die Vertreter der Räterepublik vorgeht, wer plündert, raubt oder stiehlt, wird erschossen. Der im Korpsbereich des 1. Bayer. A.-R. verhängte Belagerungszustand und das Standrecht werden nur im Interesse der Sicherheit des Proletariats bis auf weiteres aufrecht erhalten. Die Polizeistunde ist auf abends zehn Uhr, an Samstagen und Sonntagen auf abends 11.30 festgelegt. Eine Stunde nach Eintritt der angegebenen Zeit hat alles in seiner Behausung zu sein. Das Recht der Straße gehört der klassenbewußten Arbeiterschaft. Die revolutionären Soldaten, welche den Schutz der Arbeiterklassen übernommen haben, sorgen für die Durchführung dieser Anordnung.

Deutschland.

Der Regierungsvorschlag zur Festlegung des Räte-Systems in der Reichsverfassung.

Berlin, 5. April. Das Kabinett hat die nachstehenden Abänderungsvorschläge zum Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen. Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt, in Gemeinschaft mit den Unternehmern, an der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgewirken gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialgesetzgebung mit den Vertretungen der Unternehmer zu Wirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesegentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte, sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt. . . . Zu diesem Zusatzartikel soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Die Berliner Mehrheitssozialisten und die Lage.

Berlin, 7. April. In Berlin tagte gestern die Generalversammlung des Bezirksverbands Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei. Es wurde mitgeteilt, daß sich das System der sozialdemokratischen Betriebs-Vertrauensmänner gut bewährt habe. Gegenüber der Behauptung, daß in der Sozialisierung die Partei und besonders die Nationalversammlung verjagt hätten, führte Hermann Müller aus, daß, da das ganze Wirtschaftsleben darniederliege, fast alle Voraussetzungen der Sozialisierung fehlten. Unter diesen Umständen dürfe man nicht experimentieren, sondern man müsse mit der Sozialisierung äußerst vorsichtig umgehen. Nach russischem Muster dürfe man sie nicht betreiben, sonst würde man unser Wirtschaftsleben nicht heben, sondern aufs schmerzhafteste schädigen. Zu den Anträgen gegen die Freiwilligenkorps sagte derselbe Sprecher, die Regierung sei in die bitterste Notwendigkeit versetzt worden, sich zur Aufrechterhaltung geordneter Zustände auf diese Verbände zu stützen. Die Regierungstruppen seien bis jetzt die Stütze der Demokratie gegen die Diktatur. Die Kritik an der Partei solle immer getragen sein von der Erkenntnis dessen, was möglich sei. Für die sozialdemokratische Mehrheitspartei, soweit sie die Verantwortung trage, handle es sich jetzt nicht um die Partei, sondern um das Wohl des ganzen Volkes.

Berichte zur Herbeiführung einer militärischen Revolte zwecks Sturzes der Reichsregierung.

(W.B.) Berlin, 4. April. In mehreren Städten ist in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden, militärische Formationen für eine im April vorzunehmende militärische Revolte zum Zweck des Sturzes der Regierung, der Sprengung der Nationalversammlung und der Ausrufung der Räterepublik zu gewinnen. So fanden in Magdeburg und Berlin Besprechungen statt, an denen neben Soldaten Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen haben. In erster Linie sollen Soldaten des Magdeburger 4. A.-R., dessen Zentralrat an den Erörterungen beteiligt war, und Formationen des 21. und 16. A.-R. an dem Unternehmen beteiligt sein. Die beiden letzten A.-R. hatten früher ihren Standort in Lothringen. Die Regimenter demobilisierten in Orten, die im Bezirk des 4. A.-R. liegen. Die Leute sind nicht immer gut untergebracht. Die Unteroffiziere sind wegen ihrer Zukunft besorgt. Die vorhandene Unzufriedenheit

wollen verdröckerische politische Drahtzieher ausnutzen, indem sie den politisch und wirtschaftlich wenig erfahrenen Soldaten klarzumachen suchten, es sei nur nötig, die Regierung zu stürzen, um ihnen eine angenehme Zukunft zu garantieren. Das hat bis zu einem gewissen Grad bei einer Anzahl von Soldaten gewirkt, da ihnen der Erfolg als ganz sicher in Aussicht gestellt wurde. Nachdem in Magdeburg der Plan erörtert worden war, ist in den letzten Tagen von den Verschwörern in Berlin bei Trupenteilen der Versuch gemacht worden, sie zur Teilnahme an dem Handstreich zu gewinnen. Der Plan ist der Regierung in seinen Hauptteilen bekannt. Für alle Fälle hat der Reichswehrminister als Oberkommandierender Verordnungen getroffen, durch die gewährleistet wird, daß jeder Erhebungsvorstoß auf das nachdrücklichste unterdrückt werden kann.

Der Reichsjustizminister von Magdeburger Spartakisten festgehalten.

Magdeburg, 7. April. Mitglieder des Wachregiments haben heute mittag den Reichsjustizminister Landsberg, den kommandierenden General des 4. A.-R., von Meißel, und einen Hauptmann des Generalstabes als Geiseln für den verhafteten Führer der Unabhängigen, Brandes, und der beiden Mitglieder des Zentralrats, Regel und Fekkel, festgenommen und unter starker Bewachung nach der Kaserne Hofensberg gebracht. Auch die Festnahme anderer, in der politischen Bewegung stehender Männer aus den Reihen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien ist geplant. Die Haltung der Garnison ist nicht fest; ein großer Teil sympathisiert mit den Unabhängigen.

Deutschlands Ernährung hängt von der Arbeit ab.

Berlin, 7. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die uns zum Ankauf von Lebensmitteln zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel haben zunächst ausgereicht, um die von der Entente garantierte Menge zu kaufen. Das erste von Deutschland freihändig anzukaufende Monatskontingent konnte aber nur zum Teil gekauft werden, weil die Zahlungsmittel fehlten. Die weitere Versorgung Deutschlands hängt von der Beschaffung weiterer Zahlungsmittel ab. Wenn die Kohlenbeförderung länger stockt, muß Deutschlands Ernährung zusammenbrechen, bevor die eigene Ernte zur Verfügung steht.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

33 Jahre lang Schuldknechte der Entente!

Paris, 7. April. (Havas.) Vesnich bestätigte dem Petit Parisien, daß die Regierung des serbisch-kroatisch-slovenischen Staates dem Biererrat eine Note übergeben habe, die vorschlägt, die strittigen territorialen Fragen durch Volksabstimmung zu erledigen. Dem Journal zufolge beträgt die erste Entschädigungszahlung 25 Milliarden, davon 5 Milliarden als Zahlung für die Deutschland nötigen Rohstoffe. Frankreich erhält von dieser Summe etwa 10 Milliarden, Belgien 5 Milliarden. Der Rest der Entschädigung erstreckt sich auf eine Periode von 33 Jahren.

England und Frankreich bleiben brüderlich vereint.

Paris, 5. April. Havas meldet: Einem Berichte des Petit Parisien zufolge gab Lloyd George folgende Erklärung ab: Es ist dringend notwendig, über die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Frankreich und England Klarheit zu verbreiten. Nichts ist gefährlicher, als die Verbreitung irrtümlicher Nachrichten, die die Völker aufregen, die Atmosphäre vergiften und, was um jeden Preis vermeiden werden sollte, Mißverständnisse zwischen England und Frankreich aufkommen lassen. Er könne nur die Achsel zucken, wenn man ihm von Unstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern spreche. Aus der aufrichtig geführten Diskussion ergab sich völlige Übereinstimmung. Lloyd George versicherte lebhaft, daß die Übereinstimmung zwischen Frankreich und England immer vorhanden war. Die englischen Truppen seien nicht nach Frankreich gekommen und England habe nicht die großen Opfer gebracht, um Frankreich das eine mal von den deutschen Truppen zu befreien, sondern um es immer vor einer solchen Invasion zu schützen. Frankreich und England bleiben brüderlich vereint. — In dem Haß und Neid gegen das tüchtigere Deutschland.

Belgien pocht auf die Versprechungen der Entente.

Amsterdam, 6. April. Das Niederländische Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß König Albert von den Alliierten die Einlösung der früheren Versprechungen verlangte. Es kamen drei Belgien betreffende Fragen zur Sprache: 1. Der Vorschuß von 2 Milliarden, 2. die Ausfuhr von Rohstoffen nach Belgien und 3. die Abtretung des linken Schelddeufers und der limburgischen Landzunge. — Das sind Forderungen, die Holland betreffen. Bisher hat die Schelddeinbindung Holland gehört und ebenfalls die limburgische Landzunge. Holland will auch unter keinen Umständen diese Rechte preisgeben, und hat erklärt, daß es kein deutsches Gebiet für diese etwaigen Verluste als Entschädigung nehmen wolle. Man sieht aber, daß die Alliierten treu ihrem Prinzip einfach den Besitz anderer Länder verteilt haben. So war's mit den Türken, mit Oesterreich-Ungarn, mit Deutschland, so ist's jetzt mit Holland. Die Schrift.

Ungeblühte Mitteilungen eines Mitglieds der englischen Friedenskommission.

Genf, 5. April. Aus London wird gemeldet: Ein hervorragendes Mitglied der englischen Friedensdelegation,

das nicht genannt sein will, in dem jedoch die „Morning Post“ Lloyd George erblickt, machte dem Korrespondenten der „Westminster Gazette“ interessante Mitteilungen über den Stand der Friedensverhandlungen. Danach wird besonderer Wert auf baldigen Abschluß des Friedens mit Deutschland gelegt. Die Frage der ehemaligen österreichischen Gebiete könne später geregelt werden, und Italien müsse sich in dieser Hinsicht noch etwas gedulden. Der Friedensschluß mit Deutschland werde in England und Frankreich eine große Enttäuschung hervorrufen, da die Beibehaltung der von Deutschland geforderten Kriegsschädigung nur zu einem sehr geringen Bruchteil möglich sein werde. Der Gefragte setzte auseinander, daß es unmöglich sei, gegen Deutschland Zwangsmaßnahmen anzuwenden, da die alliierten Befehlshaber eine jährliche Ausgabe von 350 Millionen Pfund erforderten. Diese Ausgabe würde sich ins Ungeheure steigern, wenn die Alliierten weitere Gebiete für die Entreibung ihrer Forderungen begehren wollten. England und Amerika würden sich weigern, neue Armeen zu stellen, da sie die Wehrpflicht nicht verlängern wollen. Auch in territorialer Hinsicht werde man gerecht sein. Hierfür werde Polen ein Preis sein. Wenn man hier gegen Deutschland ein Unrecht begehe, beseitige man alle Ausichten auf dauernden Frieden. Im Zusammenhang hiermit soll erwähnt werden, daß die „Morning Post“ die persönliche Haltung Amerikas gegenüber Deutschland rügt und Wilson den Vorwurf der Geheimdiplomatie macht. Sie schreibt, Wilson könne nicht verbergen, daß er nicht für die große Sache arbeite für die ganz Europa gekämpft habe, sondern daß er Deutschland unterstütze. Es sei deshalb richtig, Amerika nicht mehr als Verbündeten zu bezeichnen. — Man wird gut tun, die Neußerung mit Vorsicht aufzunehmen.

Der deutsche Außenminister über die Absichten der Entente bezüglich der Lösung der Schuldfrage.

(W.B.) Berlin, 5. April. Der Reichsminister des Äußern Graf Brockdorff-Rangau gab einem Vertreter der „B. Z. a. M.“ auf eine Anfrage, wie sich die deutsche Regierung zu der Nachricht verhalte, daß die Pariser Konferenz beabsichtige, einen einseitigen Schuldpruch gegen Deutschland als alleinigen Urheber des Weltkrieges zu fällen, und daß ein Ententegerichtshof eingesetzt werden solle, um die Schuldigen zur Rechenhaft zu ziehen, eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Ich muß die Nachricht als wenig wahrscheinlich bezeichnen. Die deutsche Regierung würde sich ein so einseitiges Verfahren nicht gefallen lassen. Die Entente will als Kläger auftreten; sie kann deshalb nicht zugleich Richter sein. Dies um so weniger, als sie offenbar den neutralen Gerichtshof fürchtete, den wir vorgeschlagen haben; denn wir sind ebenfalls in der Lage, Anklagen vorzubringen und zu begründen. Von der Feststellung des wahren Sachverhalts versprechen wir uns die Entgiftung der internationalen Beziehungen. Das ist es, worauf es nach allen Fehlern der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft ankommt und ich sehe darin meine hauptsächlichste Aufgabe. Soweit dies durch Klärung der Schuldfrage geschehen kann, werden wir unsererseits durch die beabsichtigte Einsetzung eines Staatsgerichtshofes auch ohne die Mitwirkung unserer Gegner dazu beitragen.

Der deutsche Außenminister über die Bündnisfrage.

Berlin, 7. April. Graf Brockdorff-Rangau gewährte einem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ eine Unterredung, über deren Verlauf das Blatt berichtet: Auf die Frage, ob der Reichsminister des Äußern glaube, daß Deutschland sich künftig Bundesgenossen zu suchen habe, antwortete Graf Brockdorff: Es scheint, als ob die ganze Welt wieder von der Angst vor der übermächtigen Koalition befallen sei. Die Bundespolitik, das hervorragendste Charakteristikum der internationalen Beziehungen in der letzten Geschichtsperiode, hat immer wieder zu Krisen und bewaffneten Konflikten geführt. Es ist bisher richtig, daß gute Bündnisse der Entwicklung der beteiligten Staaten auf einige Jahrzehnte genügt haben, aber es müssen endlich einmal neue Wege gegangen werden. Es gilt, alle Staaten um ihr gemeinsames Interesse zu sammeln, d. h. die Idee des Völkerbundes realpolitisch und kulturell fruchtbar zu machen. Ueber Bündnispolitik irgend einer Art kann also erst dann gesprochen werden, wenn es sich erweisen sollte, daß die kommenden Friedensverhandlungen keine Plattform für die ehrliebe Durchführung des Völkerbundes zu schaffen vermögen, den ich schon einmal als Gesellschaft Gleichberechtigter charakterisierte.

Die deutsche Kolonialgesellschaft an Wilson.

Berlin, 7. April. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat einen offenen Brief an den Präsidenten Wilson gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf den Punkt 5 seiner Ansprache an den Kongreß betont, daß Deutschland ein Anrecht auf Kolonien habe. Dabei wird ausgeführt, daß die 14 Punkte von Deutschland und seinen Gegnern als Grundlage für die Friedensverhandlungen angenommen worden sind. Später habe nun nach Zeitungsmitteilungen Präsident Wilson sich dahin geäußert, daß Deutschland den hilflosen Völkern einiger der von ihm annektierten Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegt habe, und daß Deutschland mehr an der Ausrottung dieser Völker als an deren Entwicklung gelegen habe. Gegen diese Bemerkung nimmt die Kolonialgesellschaft Stellung. Sie betont, daß die Worte Wilsons in Widerspruch stehen mit dem, was objektiv denkende Neutrale und Engländer vor dem Kriege gesagt haben. Unter Hinweis auf die Tätigkeit der deutschen Beamten, der deutschen Ärzte und der deutschen Missionen wird der Nachweis erbracht, daß

Deutschland den Vergleich mit anderen Ländern ruhig aushalten kann. Im Gegensatz zu Deutschland aber haben sich, so wird ausgeführt, unsere Gegner zahllose Verstöße zuschulden kommen lassen. Es wird dabei auf den Bruch der Kongoakte und die Zerrung afrikanischer Eingeborener auf den deutschen Kriegsschauplatz hingewiesen. Die Kolonialgesellschaft betont, daß Deutschland im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons eine gerechte Regelung der kolonialen Frage erwartet, und sie stützt sich bei ihrem Verlangen auf das Wort des Amerikaners Forbes: „Von allen Schutzherren in Afrika hat der deutsche die reinsten Hände!“

Die Ursache der ägyptischen Unruhen.

Frankfurt, 6. April. Die „Frankf. Zig.“ meldet aus dem Haag: Eine aus London hier eingetroffene Persönlichkeit, die mit den Londoner Verhältnissen durchaus vertraut ist, teilt mit, daß die Bedeutung der Unruhen in Ägypten viel größer sei als zugegeben wird. Die Ursache liege darin, daß von den englischen Militärbehörden Tausende von Fellachen zum Dienste in den Stappen gezwungen wurden, wobei ein großer Prozentsatz das Leben verlor. Das erzeugte eine weitgehende Unzufriedenheit in den Massen der Eingeborenen, und während zuvor die nationalafrikanische Bewegung lediglich bei einer kleinen Gruppe Unterstützung fand, findet sie heute ihre Grundlage in den breiteren Volksschichten. Daß man auch in London diese Vorgänge ernst nimmt, zeigt eine Rede Churchills, der die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer starken Armee zum Teil damit begründet.

Wie die bolschewistische Regierung sozialisiert.

Die deutschen Industrieunternehmungen in Rußland sind durch die bolschewistische Regierungsmethode langsam erdrückt worden. Die Berliner Firma Siemens u. Halske besaß ein großes blühendes Unternehmen, die „Russischen Elektrotechnischen Werke Siemens u. Halske A.-G.“ in Petersburg. Bei Ausbruch des Krieges sah sich das Petersburger Werk von seiner technischen und finanziellen Verbindung mit dem Berliner Stammhause abgeschnitten. Es mußte sich auf eigene Füße stellen. Man suchte Militäraufträge und baute Telegraphenapparate, Fernsprechanlagen, Apparate der drahtlosen Telegraphie u. a. m. Große Heeresaufträge kamen herein. Im Frühjahr 1915 wurde das Aktienkapital von 1,4 auf 7 Millionen Rubel, das sind 14 Millionen M nach Friedenswährung vermehrt und das Werk vergrößert. 1916 beschäftigte es etwa 2000 Arbeiter gegen 700 im letzten Friedensjahre. Im März 1917 brach die Revolution aus. Die Arbeiter und Angestellten stellten maßlose Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erzeugung sank auf 50 Prozent. Nach der Oktoberrevolution hörte die Arbeitstätigkeit fast gänzlich auf. Die Lohnfrage wurde nunmehr von der bolschewistischen Regierung geregelt, denn die Sozialisierung sollte mit Macht in die Wege geleitet werden. Die Erzeugung sank auf 10 Prozent im Vergleich zu der des Jahres 1916. Nach Beendigung des Krieges wurden sämtliche Staatsaufträge annulliert. Private Aufträge gingen nicht mehr ein; denn das Wirtschaftsleben lag darnieder. Die Preise stiegen ins Ungeheuerliche. Ein Morseapparat, der 1914 nur 147 Rubel kostete, stellte sich 1918 auf 36 000 Rubel! Schon Mitte 1917 konnten Gehälter und Löhne nicht mehr aus den Erträgen der Erzeugung gedeckt werden. Die Regierung gab Vorschüsse. Die Löhne und Gehälter stiegen weiter. Seit dem Herbst 1918 wurde die Gesellschaft mit vielen Millionen der bolschewistischen Regierung verschuldet. An einer Rückzahlung war nicht zu denken. Im September 1918 sprach die Regierung daher die Verstaatlichung des Werkes aus. Ganze 25 Angestellte und 80 Arbeiter von ehemals 2000 waren noch vorhanden! Sie wurden Staatsbeamte, konnten aber nicht viel mehr tun, als das vorhandene Inventar notdürftig instandhalten. Nach langer, zielbewusster Friedensarbeit schloß unter den Folgen des Bolschewismus der Betrieb gänzlich ein.

Vordringen des Bolschewismus in den Ententeländern.

Berlin, 7. April. Den „Vorzh. N. Nachr.“ wird gemeldet: Eine Reihe neuer Nachrichten bringen aufs neue zum Bewußtsein, daß die bolschewistischen Ideen immer weiter vordringen. In Italien hat die sozialistische Partei beschlossen, eine Rundgebung an die Regierung zu richten, die die Hoffnung auf einen Wilsonfrieden enthält. Das internationale Proletariat müsse sich durch gleichzeitigen Generalstreik den in Paris auftretenden imperialistischen Bestrebungen widersetzen. Für Italien wird insbesondere die Abschaffung der Monarchie und des Senats sowie das allgemeine Stimmrecht gefordert. In Irland nehme die Arbeiterbewegung, wie der „C. della Sera“ meldet, immer schärfere Formen an. Die bolschewistische Idee findet in der irischen Arbeiterbewegung im Gegensatz zu England immer mehr Anhänger. Die Sinne seiner werden aus dieser Tatsache Nutzen für sich zu ziehen versuchen.

Aus bester Quelle wird aus Paris vollkommen glaubwürdig gemeldet: Es ist psychologisch sehr bezeichnend, daß, während die französische Regierung nach außen immer den starken Mann spielt und ihre Geschlossenheit und Einheit aufrecht zu erhalten trachtet, die gesamte nationale Lage mit steigender Besorgnis betrachtet wird. Zu den Unstimmigkeiten, die im Schoße der Regierung bestehen, kommt jetzt die Furcht vor dem Ueberschlagen der bolschewistischen Welle nach Frankreich. Es läßt sich nicht mehr leugnen, daß das Pronunziamento der französischen So-

...nützig aus-
...aber haben
...lose Verstöße
...auf den Bruch
...Eingeborener
...Die Ko-
...Vertrauen auf
...g der koloni-
...ihrem Ver-
...bes: „Von
...e die reinsten
...hen.
...Ztg.“ meldet
...eröffnete Per-
...sonen durchaus
...Unruhen in
...Die Ursache
...behörden Lan-
...gezwungen
...Leben verlor.
...in den Massen
...nationalistische
...Unterstützung
...iteren Volks-
...orgänge ernst
...Notwendigkeit
...Teil damit
...ifiziert.
...Auf Land
...ode langsam
...ns u. Salste
...„Russischen
...A.G.“ in
...ah sich das
...finanziellen
...abgeschritten.
...suchte Mil-
...Fernsprech-
...je u. a. m.
...Jahres 1915
...onen Rubel,
...vermehrte
...s etwa 2000
...Im März
...ter und An-
...hnerhöhung
...eugung sank
...hörte die
...frage wurde
...g geregelt,
...Wege ge-
...Prozent im
...ndigung des
...annulliert.
...denn das
...stiegen ins
...14 nur 147
...ibel! Schon
...mehr aus-
...n. Die Re-
...älter steigen
...ellschaft mit
...verschul-
...denken. Im
...te Verstaat-
...lte und 80
...anden! Sie
...l mehr tun,
...standhalten
...ef unter den
...h ein.
...meländern.
...r.“ wird ge-
...en aufs neue
...eben immer
...sozialistische
...Regierung zu
...rieden ent-
...e sich durch
...aufstrebenden
...für Italien
...chie und des
...fordert. In
...der „C. della
...Die bolsche-
...tertschaft im
...Die Sinne
...sich zu zie-
...mmen glaub-
...bezeichnend,
...außen immer
...eit und Ein-
...te nationale
...rd. Zu den
...ng bestehen
...der bolsche-
...h nicht mehr
...russischen So-

...stärken und ihre offene Drohung mit der sozialistischen
...Revolution Eindruck gemacht haben und den Regierenden
...einen gewaltigen Schrecken einjagten. Die Regierung be-
...findet sich in einer Sackgasse. Clemenceau fürchtet, und
...mit Recht, daß die Bogenüberspannung auf der Friedens-
...konferenz fallen gelassen wird und daß dann alle Folgen
...auf sein Haupt kommen. Es gärt bedenklich in Frank-
...reich. Ein bolschewistischer Funke genügt, um das Pulver-
...faß, auf dem das Kabinett Clemenceau sitzt, in die Luft
...zu sprengen. Der russische Bolschewismus ist in Frank-
...reich bereits an der Arbeit und der Boden ist vorbereitet.
...Clemenceau droht jetzt der Zusammenbruch seiner ganzen,
...auf Haß und Gewalt eingerichteten Pläne. Man fragt
...sich täglich, wie lange sein kluger Kopf gegenüber diesen
...Schwierigkeiten noch Herr zu bleiben vermag.
...Der Österreich. Staatskanzler über die auswärtige Lage.
... (W.B.) Wien, 5. April. Heute begann die 4. Kon-
...ferenz der Staatsregierung und der Landesregierungen.
...Staatskanzler Renner eröffnete die Verhandlungen mit
...einer Ansprache, worin er erklärte: Die panikartige Be-
...anzuordnung, die von Ungarn ausgeht, ist nicht in dem
...Grade gerechtfertigt, wie sie auftritt. Ich hoffe zuversicht-
...lich, daß wir, wenn uns nicht große europäische Umwäl-
...zungen mitziehen, dauernd imstande sein werden, die
...demokratische Politik aufrechtzuerhalten und die Arbeiter-
...kräfte organisch in die Verfassung einzufügen. Die Auf-
...rechterhaltung der heutigen Staatsform hängt allerdings
...von sicherer und inneren Voraussetzungen ab. Wenn
...freilich das Räteystem in Deutschland oder in der tschecho-
...slovakischen Republik durchdringt, wäre es uns schon
...wesentlich schwerer, Stand zu halten. Daß es in Ungarn
...dazu gekommen ist, konnte uns nicht überraschen. Die
...Politik der Entente hat in Ungarn besonders unüber-
...legt und blind zugegriffen. Die kurzfristige Politik der
...Entente, insbesondere kurzfristig wegen der maßlosen
...Forderungen der französischen Bourgeoisie und ihrer impe-
...rialistischen Nachläufer, kann ganz Europa in einen Zu-
...stand der Auflösung stürzen. Es scheint jedoch, daß der
...Eindruck der Verhältnisse in Ungarn auf die Entente-
...mächtig genug war, dort eine Besserung zu erzeugen.
...Vielleicht wird das ungarische Unglück für uns einen Vor-
...teil bringen, weil die Entente jetzt mit größerer Ge-
...wissenhaftigkeit unsere Leiden beurteilt und doch davor
...zurückschreckt, dieses Experiment der Amputation eines
...Landes und einer Nation an Deutsch-Oesterreich und
...Deutschland noch einmal zu machen. Die durch gewisse
...Agenturen in der Schweiz veröffentlichten Nachrichten sind
...durchaus unzutreffend. Infolge der systematischen Arbeit
...unseres Auswärtigen Amtes kann angenommen werden,
...daß zum mindesten Amerika und England, aber auch
...Italien gegen den Anschluß an Deutschland nichts
...wesentliches einzuwenden haben und aus dem Anschluß
...auch keine uns schädigenden Konsequenzen ableiten wer-
...den und daß bloß Frankreich Bedenken hegt. Die
...Staatsregierung selbst hat sich von allem Anfang an auf
...Wilson und Amerika, dann auf England und dessen un-
...voreingenommene Staatskunst gestützt. Auch die Bezie-
...hungen zu Italien wird sorgfältig gepflegt. Frankreich
...schickte uns erst in den letzten Tagen einen ständigen Ver-
...treter, dessen Ankunft uns überaus erwünscht ist. Wir
...haben aus manchen Gründen, nicht zuletzt finanzieller Zu-
...ammenhänge wegen, alte Sympathien für Frankreich.
...Beider werden die alten Beziehungen uns bis jetzt wenig
...nützlich, da Frankreich seine Kapitalien in den nächsten
...Jahren zum Teil selbst brauchen wird. Politisch aber
...scheint Frankreich den Tschecho-Slowaken verpflichtet zu
...sein. Infolgedessen sind die Verhandlungen, die von wenig
...berufener Seite in Bern vorwiegend mit französischen In-
...teressenten geführt werden, fruchtlos und irreführend.
...Nach den Erklärungen der Vertreter der auswärtigen
...Missionen denkt die Entente garnicht daran, Deutsch-
...Oesterreich zu besetzen und zum Ausmarschraum gegen Un-
...garn zu machen. Wir finden in allen unseren wirtschaft-
...lichen Noten bei den hier weilenden Ententemissionen
...Entgegenkommen. Unsere Politik ist im allgemeinen da-
...hin gerichtet, daß Deutsch-Oesterreich in keine einzige

europäische Affäre mehr verwickelt wird und insbeson-
...dere, daß es aus der früheren Gemeinschaft mit der
...Tschecho-Slowakei, Südslavien, Ungarn, Rumänien und
...Polen möglichst bald herauskommt. Infolge der ungaris-
...chen Umwälzung verliert sich immer mehr der Eindruck,
...daß in diesen Gebieten sich ein größeres Mazedonien ent-
...wickelt. Gerade dieser Umstand muß uns in der Absicht
...bestärken, unser Land und Volk möglichst rasch aus dem
...brennenden Hause herauszuführen, und den Anschluß zu
...verwirklichen. Da Deutschland sich in der allgemeinen
...Auflösung auch unseren bisherigen Feinden immer mehr
...als Element der Konsolidierung Europas erweist und da-
...durch auch für den Westen erhöhten Wert gewinnt, ist es
...mir unzweifelhaft, daß die Anschließpolitik segreich sein
...wird, wenn nicht im letzten Augenblick die Entente
...Deutschland ganz unerträgliche Bedingungen auferlegt
...und selbst dort einen Umsturz bewirkt. Geschleht dies
...nicht, so dürfen wir hoffen, daß wir gemeinsam aus der
...großen europäischen Verwickelung herauskommen, soweit
...es eben besetzte Staaten können.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. April 1919.
Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Reich.
(W.B.) Die am 29. März 1919 in Stuttgart ver-
...sammelten Vertreter der Regierungen von Bayern, Würt-
...temberg, Baden und Hessen haben sich mit den Beschlüssen
...des Verfassungsausschusses der verfassunggebenden deut-
...schen Nationalversammlung über das Verhältnis des
...Reiches zu den Gliedstaaten befaßt. Sie sehen in diesen
...Beschlüssen, soweit sie von der Regierungsvorlage abwei-
...chen, eine Uebertreibung des Einheitsgedankens und eine
...ernste Gefahr für die Erhaltung des Eigenlebens der
...Gliedstaaten. Die Beschlüsse sind in der Notwendigkeit,
...eine starke Reichsgewalt zu schaffen, in keiner Weise be-
...gründet; sie sind vielmehr geeignet, dieselbe zu unter-
...graben, da sie die Kraft der Gliedstaaten, aus denen das
...Reich besteht, schwächen und ihre freudige Mitarbeit am
...Wiederaufbau des Reiches lähmen. Aus diesen Gründen
...müssen die unterzeichneten Regierungen fordern, daß zum
...mindesten in den folgenden Punkten die Beschlüsse des
...Verfassungsausschusses geändert werden:
1. Die Erweiterung der Zuständigkeit des Reichs darf
...nur auf dem Wege der Verfassungsänderung erfolgen.
2. Abt. 1 des Art. 90 nach den Beschlüssen des Verfassungs-
...ausschusses zu Nr. 27 der Druckfaden des 14ten Aus-
...schusses ist daher zu streichen. — 3. Die Ausdehnung der
...Reichsaufsicht über die Regierungsvorlage des Art. 14 des
...Entwurfes hinaus wird abgelehnt. — 4. Für die Stellen-
...besetzung in der unmittelbaren Reichsverfassung muß eine
...verfassungsmäßige Gewähr dafür geschaffen werden, daß
...hinsichtlich der in den Gliedstaaten tätigen Beamten die
...Berufung von Landesangehörigen die Regel bilden soll
...und Ausnahmen der Zustimmung des Gliedstaats bedür-
...fen. — 5. Gegen die nach den Beschlüssen des Verfassungs-
...ausschusses zu erwartende Verstärkung des preussischen
...Uebergewichts im Reichsrat haben die unterzeichneten
...Regierungen schwere Bedenken. — 6. Die Verfügung über
...eigene Einnahmequellen bildet die Voraussetzung für das
...wirtschaftliche und kulturelle Fortbestehen der Einzelsta-
...ten. Die Einkommenssteuer muß daher den Einzelstaaten
...verbleiben, wobei jedoch das Recht des Reichs, Zuschläge
...bei den Einkommen über 100 000 M zu erheben, vorbehal-
...ten wird. Ferner muß an allen übrigen Reichsteuern den
...Einzelstaaten ein angemessener Anteil gesichert werden.
Die unterzeichneten Regierungen halten die unzulässige
...Aufstellung eines Gesamtprogramms über die Möglichkeit
...der Deckung des künftigen Bedarfs der öffentlichen Ver-
...bände — des Reichs, der Einzelstaaten und der Kommu-
...nalverbände — die Einleitung von Verhandlungen hier-
...über und die Abstandnahme des Reichs von weiteren ge-
...setzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der direkten
...Steuern bis zum Abschluß dieser Verhandlungen für ge-
...boten. Sie schließen sich in dieser Richtung dem Schreiben
...des preuß. Finanzministers an den Reichsfinanzminister

Dom 19. März 1919 S. J. 491 an. — 6. Die Erhebung und
...Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern muß den
...Einzelstaaten, die darauf Gewicht legen, belassen werden.
Die Art. 115 der Regierungsvorlage ist daher wieder
...herzustellen. — 7. Die Aufstellung von Grundsteuern für
...die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landes- und Kom-
...munalabgaben kann dem Reich nur in den Schranken zu-
...gestanden werden, daß Schädigungen der Einnahmen oder
...der auswärtigen Handelsbeziehungen des Reichs verhin-
...dert, sowie im inneren Verkehr Doppelbesteuerungen,
...Steuerbenachteiligungen der eingeführten Waren gegenüber
...den eigenen Erzeugnissen und Ausfuhrprämien aus-
...geschlossen werden. — 8. Gegen den Beschluß des Verfas-
...sungsausschusses, wonach die Neubildung von Ländern aus
...einem Gliedstaat oder die Abtrennung von Gebietsteilen
...eines Gliedstaats durch einfaches Reichsgesetz auch gegen
...den Willen des betreffenden Gliedstaats soll erfolgen kön-
...nen, muß entschieden Widerspruch erhoben werden.
Für Bayern: Hoffmann, Ministerpräsident; für Würt-
...temberg: Blos, Staatspräsident; für Baden: Geiß, Mi-
...nisterpräsident; für Hessen: Ulrich, Ministerpräsident.

Kapitalertragsteuer.
Die Kapitalertragsteuer, die im Entwurf des Reichs-
...schahamtes vorgesehen ist, soll den Gedanken verwirklichen, daß
...das arbeitslose Renteneinkommen in höherem Maße zur Ent-
...lastung der Steuerlasten herangezogen wird, als das erar-
...beitete Einkommen. Von allen Zinseinnahmen beansprucht
...der Staat ein Zehntel. Die Einnahme aus der Steuer
...schätzt das Reichschahamt auf nicht weniger als 1,3 Milli-
...arden jährlich. Die Kapitalertragsteuer würde damit den
...höchsten fortlaufenden Ertrag von allen bis jetzt bestehenden
...Reichssteuern direkter oder indirekter Art erbringen. Die
...Verzinsung für 26 Milliarden Kriegsanleihen wäre damit
...aufgebracht. Die Steuer hat der Zinszahler abzuleisten.
Da nur die Kapitalanlage getroffen werden soll, so fallen
...Bechsel, die zur Bezahlung von Waren ausgestellt werden,
...nicht unter das Gesetz und ebenso wenig soll die Kreditie-
...rung von Waren als „Darlehen“ gelten. Solche Kreditie-
...rungen sollen vielmehr erst dann steuerpflichtig sein, wenn
...die Forderung länger als 3 Jahre gefundet worden ist;
...nur in diesem Falle nimmt der Entwurf an, daß es sich in
...Wahrheit um eine Kapitalanlage handelt. Eine weitere
...Einschränkung des Umfangs der Steuer betrifft die Kredit-
...anstalten. Wenn bei den Kreditinstituten (Banken, Spar-
...kassen, Hypothekenbanken usw.) einmal der Depostiten- oder
...Pfandbriefgläubiger von dem ihm zustehenden Ertrag die
...Steuer zahlen müßte und wenn außerdem auch die Kredit-
...institute selbst für die Erträge, die ihnen von Kreditneh-
...mern, von Hypothekenschuldnern usw. zufließen, steuerpflichtig
...wären, so würde das auf eine Doppelbesteuerung hinaus-
...laufen. Dies ist im Gesetzentwurf dadurch vermieden, daß
...die den Banken usw. zufließenden Erträge von der Steuer
...befreit sind.

Bfzheim, 8. April. Am Samstag sind 25 Neu-
...erkrankungen an Typhus gemeldet worden, sodas sich der
...Gesamtkrankenbestand auf 2377 stellt.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selbmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Böschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Reflexartikel.
AMBI-Dachstein-Maschine
für Handbetrieb
arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig
Anfragen an:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Bekanntmachung.
Die als Sicherheitsmaßnahme am 3. 4. verfügte Sperrung
...des gesamten Privatkraftwagenverkehrs wird mit sofortiger
...Wirkung aufgehoben. Die Ueberwachung des nicht militärischen
...Verkehrs bleibt in verschärfter Form vorläufig bestehen. Das
...Haltezeichen der Ueberwachungsmannschaften ist bei Gewärtigung
...rückichtslosen Einschreitens, gegebenenfalls mit Waffengewalt
...zu befolgen.
Stuttgart, den 7. April 1919.
Bez.: Herrmann, Kriegsminister.
Grundbuchamt Calw.
Haus- und Garten-Verkauf.
Friedrich Schad, Küfermeister, hier, bringt sein Anwesen
...Geb.-Nr. 288 1 a 03 qm Wohnhaus mit Küferwerkstätte,
...Stall und Hofraum im Zwinger,
...Parz.-Nr. 328 1 a 17 qm Gemüsegarten hinter diesem Haus,
...am Mittwoch, den 16. April 1919, nachmittags 2 Uhr,
...auf dem Rathaus in Calw zum zweiten und letztenmal öffent-
...lich zur Versteigerung. Das Haus eignet sich auch vermöge
...seiner Lage und Einrichtung zu jedem andern Handwerksbetriebe.
Den 7. April 1919.
Grundbuchbeamter: Gerichtsnotar Krahl.

Stadtschultheißenamt Calw.
Bei der Entleerung der Abortgruben
wurde in letzter Zeit wiederholt festgestellt, daß in dieselben
Lumpen, Speiseüberreste, zerbrochenes Geschirr
und sonstige Gebrauchsgegenstände
hineingeworfen werden.
Hierdurch ist die ordnungsmäßige Entleerung der Abort-
...gruben sehr gehindert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht.
Alle derartigen Gegenstände sind durch die städtische
...Müllabfuhr auf den Schuttplatz verbringen zu lassen.
Bei ferneren derartigen Umständen müßte der Besitzer der
...Grube polizeilich bestraft, bezw. die Entleerung der Grube durch
...die Stadt abgelehnt werden.
Calw, den 7. April 1919.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Ig. Schüler sucht nach Ostern
gut möbliertes
Zimmer
wenn möglich mit Kost.
Angebote unter F. S. an
die Geschäftsstelle des Blattes.
Schwarzseidener
Handbeutel
mit größerem Gelbetrug auf
dem Bahnhof verloren.
Abzugeben gegen gute Be-
lohnung im Adler in Calw.

„Fahr“-Grasmäher und Gabel-Heuwender sind eingetroffen.
Messerbalken und Ersatz-Mähmesser sollten im
Interesse rechtzeitiger Lieferung jetzt bestellt werden.
Gg. Wackenhuth, Maschinenwerkstätte.
Von Oberreichenbach bis
Lebenzell
Deckbett
verloren gegangen. Abzugeben
gegen Belohnung im
Hot. Hirsch u. Hamm, Hirsau
Echte
Gummisanger u. Gummischmuller
empfiehlt
C. Erbe, Tübingen.
Guterhaltenen
Kinderwagen
verkauft
Johann Döh, Stammheim.
Dung
verkauft
H. Buh.
Leder-Fett
in Gebinden zu 2½ und 5
Kilogr. empfiehlt
Franz Mann, Kroneng. 106.

Ottendronn, den 7. April 1919.
Todes-Anzeige.
 Verwandten und Bekannten machen wir schmerz-
 erfüllt die traurige Mitteilung, daß es Gott dem All-
 mächtigen gefallen hat, unseren lieben Sohn und
 Bruder
Fritz Rathfelder
 im Alter von 20 Jahren nach kurzer schwerer Krank-
 heit zu sich zu rufen.
 In tiefer Trauer:
 die Mutter: Barbara Rathfelder,
 und Geschwister.
 Beerdigung Mittwoch mittag 8 Uhr.

Marine-Regiment Madlung
Freiw.-Division
von Lettow-Borbeck
 (Gardekavallerie-Schützen-Korps)
 stellt noch ein:
 Seeoffiziere, Offizieranwärter, aktive
 u. entlassene Unteroffiziere aller Dienst-
 grade d. Marine, vaterländisch gesinnte
 Mannschaften. Auch Hoboisten, Spiel-
 leute, Handwerker sind erwünscht.
 Uebliche Bedingungen.
 Militärpapiere, Aufenthaltsnachweis seit
 der Entlassung und polizeiliche Anmeldung
 mitbringen. — Persönliche oder schriftliche
 Meldung bei der Werbestelle des Regi-
 ments Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee
 1-12 (Nähe des Bahnhofes Zoo).
 Ausweis zur Erlangung von Militär-
 fahrkarten wird auf schriftliche Meldung
 überandt. Fahrgehalt wird bei endgültiger
 Einstellung erstattet.

Futterschneidmaschinen
und Transmissionen,
Pflüge, Eggen, Kreisfägen,
Saughpumpen
und Brückenwagen
 empfiehlt
Gg. Wachenhuth, Maschinenwerkstätte.

Zu verkaufen:
 1 gedr., sehr gut erhaltenen
Rüchenschrank m. Aufsatz
 1 fast neues
Spiritus-Bügeleisen,
 1 größerer
Spirituskocher.
 Liebenzell, Alexanderstr.
 Schwarzwaldhaus.

Empfehle mich bestens in
 sämml.
Abänderungs- und
Flickarbeiten
 Gottlob Sedelmaier,
 Schneider, Lederstr. 168 h.
Schöne Gittarzither,
 sowie älteren guten
Kinderwagen
 hat billig zu verkaufen
 der Obige.

Bezirkswohlfahrtsverein Calw.
 Am Dienstag den 22. April 1919, nachmittags 4 Uhr,
 findet im Bezirksratssaal eine allgemeine Mitglieder-
 versammlung statt.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über den Stand des Vereins;
 2. Bericht über die Finanzen des Vereins;
 3. Wahl der Mitglieder des Ausschusses;
 4. Aussprache über die Frage der Anstellung einer
 Bezirkspflege für den Bezirk Calw.
 Im Anschluß hieran, soweit geboten, Sitzung des neu-
 gebildeten Ausschusses.
 Vorstand:
 Oberamtmann G. S. Defan Keller.

Empfehle mich der werthen Einwohnerschaft von
 hier und Umgebung in der
Renauferigung, sowie im Weben
und Aufbügeln von
Herren- u. Damensachen.
 Für tadellosen Sitz wird garantiert.
 Gute Bedienung. Billige Preise.
 Um geneigten Zuspruch bitte
Hans Göhwein, feine Herrn- u. Damen-
schneiderei Calw, Obere Marktstraße 34.

Spöhrer'sche Höhere
Handelschule Calw.
Renaufernahme: 23. April.

Fernsprecher **Bezirksarbeitsamt Calw,** Lederstraße
 Nr. 109
Gesucht werden:
 2 Plagarbeiter
 1 Schäftemacher
 Calw, den 8. April 1919.
 1 Schneider
 5 Tagelöhner
 3 Zimmerleute
 Verwalter Pro h.

Monatsfrau
oder Mädchen
 sofort gesucht.
 Handelslehrer Böhn,
 Hermannstr. 654.

Liebenzell.
Mädchen,
 gesundes, kräftiges, das melken
 kann, für Haus und Garten-
 arbeit in christl. Haus zu altem
 Ehepaar ohne Kinder sogleich
 oder später gesucht.
 Frau Anna Schoppe.

Nach Wildbad gesucht
 17-18 j. ehrl. williges
Mädchen
 für 1. Mal.
 Angeb. an Frau Pfau,
 Bäckerei und Conditorei,
 Wildbad, Olgastraße 20.

Kolonialwaren-
oder gemischtes
Warengeschäft
 wird so bald als möglich zu
 mieten od. zu kaufen gesucht.
 Angebote unter G. L. 100
 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Sollber, zuverlässiger
Fahrknecht
 findet in 14 Tagen Stelle bei
 Wilh. Deker,
 Bad Liebenzell.

Ein jüngerer
Knecht
 oder kräftiges
Dienstmädchen
 für sofort gesucht. Gute Be-
 handlung zugesichert.
 Paul Rau, Gärtnerei
 Birkenfeld D.-M. Neuenbg.

Gasthof, Hotel
 oder Fremdenpension von
 tüchtigen Eheleuten zu über-
 nehmen gesucht. Ang. unter
 Sch. 2 an die Geschäftsst. d. Bl.

Unterzeichneter verkauft am
 Mittwoch Vormittag 10 Uhr
 1 paar neue
Heuleitern,
 1 neue Steigleiter,
 1 bereits noch neue
Handdreschmaschine
 sowie einen Pflug.
 R. Talmon, Wagners Ww.
 Neuhengstett

Rudolf Blumer, Ingenieur
 und
Frau Marie, verwitwete Rein, geb. Waismann
 geben ihre Vermählung bekannt.
 Weilderstadt, Ende März 1919.

Schwarzwald-Café
täglich geöffnet!

Geschäftseröffnung
u. Empfehlung.
 Der verehrten Einwohnerschaft v. Calw u. Um-
 gebung z. gest. Mitteilung, daß ich am 9. April meine
Conditorei u. Café
 mit Weinrestaurant eröffne.
 Es wird mein Bestreben sein meine Gäste so
 gut wie möglich zu bedienen. Ich bitte mein Unter-
 nehmen gütlich zu unterstützen.
 Hochachtungsvoll
Wilhelm Wurster
 G. Rein Nachf., Calw Marktstr. 75.

Höhere Schule, Liebenzell.
Beginn des neuen Schuljahrs
1. Mai, morgens 9 Uhr.
 Anmeldung von neuen Schülerinnen Donnerstag
 nachmittag, den 10. April.
 Die Vorsteherin S. Linke.

Calw.
 Eine eichene
Schlafzimmer-
Einrichtung
 hat besonderer Umstände halber
 preiswert zu verkaufen.
 Chr. Niedhammer,
 Möbelschreinerei.

Sanitäts-
waren
Ritter-Drogerie
 Calw.

Eine Ziege
 samt einem Jungen
 verkauft
 A. Flit, Steinhauer,
 Althengstett.

Herde
 verschiedener Größe, empfiehlt
 Conrad Lebzelter,
 Schlossermeister, Bad Lie-
 benzell, Hindenburgstr.

Birkenfeld.
 Schöne
Läufer-
Schweine
 zu verkaufen. Zu erfragen
 Bah. Hoffstr. 5.

Ein sehr guterhaltenes
Wirtschaftsbüffet
 mit Eiskasten und ganzem Zu-
 behör sofort zu verkaufen.
 Zu erfragen in der Ge-
 schäftsstelle des Blattes.

Wo kauft der Landwirt
 seine
Maschinen?
Geräte?
Ersatzteile?

Grosses
 Lager.
 Fachmännische
 Bedienung.
 Eigene Reparatur-
 Werkstätte.
 Besichtigen Sie das
 Lager.
 Holen Sie Preise ein.

in der **Maschinenhandlung**
Max Zucker, Telefon 41
Weilderstadt